

Die Verteilung unserer beweglichen zwischenen Kräfte ist immer ein Feind seines eigenen Volkes. Einwohner ohne völkische Macht kann nicht von Dauer sein. Diese ständigen Machtlosen hätten wir nicht jenseit der Kriegszeit wieder zu überstehen vermögen. Der kommunistische Friede begreift, dem sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, bedarf der Machtlosen. Auch sie haben unsere deutsche völkische Kraft, aus der wir unsere Hoffnung auf den sicheren Aufstieg schöpfen dürfen und müssen, nicht verschlagen können. Elementare Strafe lassen sich eben nicht drohen. Über der Linse zahlreicher Machtlosen an der Seite Frankreichs hat zugleich bewiesen, daß die militärische Welt für auf dem europäischen Kontinent um einen verlorenen Krieg gesiegt hat, der auf seine Weise mehr zu retten war, und daß der vermeintliche Sieg an Elementen des europäischen Volkerlebens seine Grenze finden muß, die ebenfalls auf seine Weise ihre Macht zu überwinden sind, wobei durch Tauschhandel noch Konnen Goldes, weder durch schwere Diamanten noch durch blasse Schärfe und am allermehr durch tragend weiches System funktionieren können, denn mächtiger als alle diese Dinge ist unsere unbefugte und unbeschreibliche Kraft.

Wie kommt uns die Geschichte Staatskunst oder Heldentum jetzt, bis an solchen Ausnahmehändlungen vorübergegangen zu können glaubten, wurden ihre Gothen zu Epochen, ihre Unternehmungen zu Abenteuern, ihre Kriege zu unvergleichlichen Ereignissen.

Die deutsche Geschichte kennt gewiß manches — was etwa dasjelbe sagt — eindrucksvolle Epoden. Das, was wir aber immer fern gehalten haben, ist, daß Abenteuer, ihr hatten nie einen Napoleon. Wir befürchten, daß ein Feind von königlicher Führerkraft. Wir sind wahrscheinlich gar nicht in der Lage, ihn hervorzubringen. Wir würden ihn vermutlich wünschen noch ertragen.

Die deutsche Geschichte kennt keine eigenartigen, osmanischen oder napoleonischen Eroberungsziele. Unsere Kriege sind fast aus dritter deutscher Art herausgewachsen. Über Salzketten und durch Landweg lag die erste Urhöhe solcher deutscher Art in der ehemaligen Kurort eines völkisch absteigenden Hochgerwisses von ethnischem nationalem Kern.

Wir wiederholen: Der Mensch ist meist genial, die Dinge nur zu leben: Wer heute sagt, die Zukunft unseres Kontinents gehöre uns, gilt als ein Narr. Wer so, wie in der nächsten Erzählung vom Ritter Don Quixote und seinem Knappen die Gedanken spanischen Verfalls enthalten sind, so mag das Narrenwort vom scheinbar deutschen Wiederanstieg jedem Deutschen sagen, daß das Ebensosehr unseres jahrelangen Überstandes auf deutscher Stütze beruhe, die, auch entwaffnet, unverlierbar ist.

Dieses Ebenso wird sich langsam aber sicher auf dem Bodenball durchsetzen.

#### Stimmen auf der Londoner Konferenz.

Boston, 20. Febr. Der Beteiligung von Hugo Stinnes an der deutschen Delegation wird in englischen Kreisen besondere Interesse entgegengebracht. Man glaubt, daß Stinnes neben seiner Anwesenheit auf der Konferenz auch Besprechungen mit englischen Großindustriellen führen wird, mit denen er bestimmte Pläne im Osten gemeinsam durchführen möchte. Englische Regierungskreise sind über den Verlauf der Londoner Konferenz noch sehr pessimistisch gestimmt.

Sie haben in Erfahrung gebracht, daß Frankreich gemeinsam mit Belgien etwaige neue deutsche Pläne ablehnen will und die Möglichkeit von Zwangsmaschininen ins Auge gefaßt hat.

#### Berichtigung der englischen Beobachter-Kreise.

Berlin, 20. Febr. Das Amt wird gemeldet: Auch die Engländer haben ihre Besatzungstruppen um drei Kompanien verstärkt. Die Pariser und Londoner Zeitungen vom Freitag enthalten neue Einschätzungen gegen Deutschland, falls die Deutschen in London nichts unterschreiben.

#### Ostpreußische Zustände.

In Allenstein erfolgte die Verhaftung des Sohnes des Vorsitzenden des Ostpreußen, Bergbau, der die Zelle dieses Bundes offen enthielt. Sie geben dahin, die Verfolgung Ostpreußens mit Polen vorbereitet. Bacewitz wird in Brand-Masuren junge Leute für ein von Polen in Thorn aufgestelltes Majoren- und Hauptabteilung, das bestimmt war, die gleiche Rolle wie Jelgavas Truppe in Wilna zu spielen. Hunderte von jungen Einheimischen wurden durch Geldversprechen über die Grenze gelöst, von wo die meisten inzwischen entdeckt zurückkehrten.

#### Die kommunistischen Angeklagten.

Berlin, 20. Febr. Die kommunistischen Betriebsräte Groß-Berlins haben Freitag abend einstimmig den Antrag der Sektion Röderberg angenommen, eine Anerkennung auf der ganzen Linie einzuleiten. Die Arbeiterschaft soll zu neuen Lohnforderungen aufgerufen werden, die bis 100 v. H. der bisherigen Löhne betragen sollen, um die Erweiterung der politischen Macht in Berlin einzuführen.

Boston, 20. Febr. Offiziell der Debatte über die Arbeitspolitik im Unterhaus wurde ein Antrag, nach dem der Regierung das Mitherausvotum ausgesprochen werden sollte, mit 262 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Rom, 20. Febr. "Agenzia Stefani" meldet amtlich: Petrus von Bourbon, der Schwager des früheren Kaisers Karl von Österreich, hat dieser Tage im Ausland ein Buch veröffentlicht mit dem Titel: "Österreichisches Angebot eines Sonderfriedens". Was Stefani betrifft, so enthält das Buch eine Fülle von Instruktionen und Elegien, die nicht einmal die Ehre eines Dementis verdienen. Da sich aber Prinz Petrus von Bourbon gegenwärtig in Italien aufhält, ist ein Ausweisungsbefehl gegen ihn erlassen worden.

#### Deriliche Angelegenheiten.

■ Bürgerschutz. Durch das Stadtgebot vom 22. Dezember 1920 ist zwar dem Bürgertag der staatliche Schutz entzogen worden, aber an der katholischen Feier des Tages wird dadurch nichts geändert. Es finden am Bürgertag (Wittwoch, den 28. Februar) in allen evangelischen Kirchen die sonst üblichen Gottesdienste statt. Das Evangelisch-Lutherische Bundeskonkordat spricht in einer soeben erschienenen General-Verordnung die Erweiterung aus, daß die katholischen Kantone, Diözesen und Kirchenmusikkörchen daran teilnehmen, soweit sie zugleich im Schuldienst stehen, ihren kirchlichen Verpflichtungen nachkommen und für den Bürgertag sich Urlaub nehmen, beginnend am Karfreitag nachfragen. Auch seien die Eltern, die ihre Kinder an dem Bürgertagsdienste des Bürgertages wollen teilnehmen lassen, durch die Geistlichen zu veranlassen, für ihre Kinder am Bürgertag nachfragen.

■ Das Fleisch wird nicht billiger. Wie die Reichsleistungsstelle ermittelt, kann trotz der Frachtkosten der Einfuhr von lebendem Schlachtfleisch, frischem sowie geräuchertem Fleisch, Speck, Salz und Schmalz ein Einkauf der Fleischpreise nicht erwartet werden. Schon seit längerer Zeit konnten ja Interessenten, wenn sie sich die Preisbereitschaft erzielte, Einfuhrerlaubnis des Lieferungsausbaus verschaffen, Fleischwaren einführen. Dennoch seien die Fleischpreise nicht herunter, sondern eher etwas hinausgegangen. Schuld davon sei eben der Liebhaber der deutschen Ware. Die Reichsleistungsstelle ist also der Ansicht, daß für die nächste Zeit keine Preisänderung auf dem Fleischmarkt eintreten werde. Höchstens könnte dies in geringem Maße bei Schmalz und Speck der Fall sein.

■ Der Kampf um die Oberschulen. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat mit dem Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in Dresden eine Protestversammlung gegen die Benachteiligung Sachsen in der Oberschuleneinteilung veranstaltet. In einer Entschließung protestierte die "Familienliga gegen die ungebührliche Benachteiligung Sachsen in der Gestaltung des Reichsschulklassenrechts", angesichts der traditionellen wirtschaftlichen Lage Sachsen. Es

wird die Bildung von Tafel mit Christoffel Bartenbach, der in den Reichstag entsandt worden war. Oberregierungsrat Schäfer erklärt namens der Regierung, daß die Entschließung inhaltlich der Ausföhrung der Sachsenregierung entspricht. Sie werde ihre Bemühungen bei der Reichsregierung wie bisher fortsetzen.

■ Die Steuermärkte zu 25 Mark zugelassen. Der Bericht von Finanzministeriumsberichter zu 25 Mark hat, wie die Reichspostverwaltung mitteilt, mit sofortiger Wirkung eingeholt werden müssen, weil züglich nachgebildete Geldscheine in beträchtlicher Menge in den Bericht gebracht werden sind. Die im Bericht befindlichen Einommensteuernnoten zu 25 Mark behalten bis zum 28. 6. R. Gültigkeit. Nach diesem Datum entweder werden nicht mehr an Steuern andere Werte zum Betrag bei dem Postanstalten umgetauscht.

■ Das Schiffs-Militär-Vereins-Bund hat im Jahre 1920 aus der Bundeskasse und aus den bei ihm beschafften 11 Bundesstützungen bedürftige Kommandos insgesamt 87 988 Mark Unterstützungen gesucht, im Jahre 1919 85 225 Mark. Seit Besitz des Bundes (1878) ist damit die Summe von 601 515 Mark erreicht. Ungerade sind die beträchtlichen Aufwendungen der einzelnen Vereine für Unterstützungen und für Wohlfahrtspflege aller Art. Im Jahre 1919 (die Zahlen für 1920 liegen noch nicht vor) betrugen sie 466 860 Mark. Die Schiffs-Militär-Vereine haben seit ihrem Bestehen überhaupt bis jetzt rund 154 Millionen Mark für die geschätzten Zwecke verbraucht.

■ Von Gewerkschaftsbund der Kapellisten, Geschäftsstelle Chemnitz wird uns geschrieben: Der Vorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände weiß mit Entzürfung, daß wirtschaftliche Friedensbedingungen zurückspringen, deren Schluß in krassem Gegensatz zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages und zu den moralischen Zielen steht, die vom Völkerbund fest bestimmt worden sind. Die Durchführung dieser Bestimmungen würde die dauernde Verbesserung des deutschen Volles, zugleichigen Bericht auf kultureller Basis, beständige Verbesserung des inneren Friedens durch Förderung der sozialen und wirtschaftsfähigen Kräfte zur Folge haben. Sie würde die Arbeitsfreiheit der Arbeitnehmer fördern, Löhnen und damit die Erfüllung der im Verträge vertragten übernommenen Wiedergutmachungsverpflichtungen ganzlich unmöglich machen. Der Gewerkschaftsbund richtet an die deutsche Reichsregierung die Aufforderung, die verlangte Geldeinsammlung von 228 Millarden, welche sich zum erheblichen Teil aus Kindern und Kindesgründen zusammensetzt, aufzulösen, ebenso als Erbrosselungsteuer wifsende Ausfrage, und in den Gewerkschaften zunächst den Nachweis der wieder gutzumachenden Schäden, sowie die Anrechnung der bisherigen und der laufenden Geld- und Sohlleistungen zu verlangen. Die Berechnung von Kindern und Kindesgründen ist abzulehnen, weil das deutsche Volk bereit ist, den sozialen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit Hilfe deutscher Arbeitkräfte und Rohstofflieferungen vorzunehmen, und die entsprechenden Angebote der deutschen Regierung bisher unberücksichtigt geblieben sind. Der Gewerkschaftsbund fordert die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu feinem Zusammenschluß auf, um die Gefahren des Friedensvertrages, die Verdröhung des Tarifvertrages abzuwehren und erwartet, daß die internationale Arbeiterschaft, soweit sie nicht aus allgemein menschlichen Gründen gegen die einschlägigen Friedensbedingungen ihrer Regierungen Einspruch erhebt, sich im eigenen Interesse gegen die Verflachung der deutschen Arbeiterschaft wendet, weil die Jahrzehntelange Überchwemmung des Weltmarktes mit billigen deutschen Waren die Entwicklung der jungen Weltkinder zur Folge haben würde.

■ Geschworenenauslösung. Fiel die im ersten Vierteljahrhundert den Sitzungen des Schwurgerichts wurden u. a. folgende Geschworene ausgelost: Weißbäuer Schneider in Johanngeorgenstadt, Fabrikarbeiter Roskow in Eilenburg, Fabrikarbeiter Otto Meier in Wilsdruff, Fabrikdirektor Hell in Aue, Papierhälter Lampert in Hartenstein, Papierhälter Richter in Lößnig, Papierhälter Wiedermann in Roßlau, Fabrikdirektor Michael in Niederschönhausen, Gemeindeschulrat Möbel in Lindenau.

■ Aus 21. Febr. Wie uns das Pfarramt zu St. Nikolai mitteilt, sind auf Grund einer Verordnung des Landeskonsistoriums die Eltern, die ihre Kinder am Gottesdienst des Bußtages teilnehmen lassen wollen, bestreikt, für ihre Kinder Dispens vom Schulbesuch nachzufordern. Es ist zu empfehlen, daß die Anträge seitens der Eltern schriftlich beim Klosterlehrer gestellt werden. Für die Kinder wird am Bußtag vormittags 11 Uhr ein Kindergottesdienst gehalten werden.

■ Schwarzwaldbund. Am 18. Februar Anwesen 26 Stadt-, Vorstadt- und Landkreise. Vor Ort: Stadt-, Vorstadt- und Landkreis Mannheim. Vor Eintritt in die Tagessordnung wendet sich die Vorstände in einer kurzen Ansprache gegen die unverhüllten Forderungen des Feindbundes. Zum Zeichen des Protestes erhob sich die Mehrheit des Kollegiums von den Plätzen. Stadt-, Vorstadt- und Landkreis Mannheim ist noch von den Erwerbslosen ein Ortschaftsamt eingeschlossen, in dem eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage angestrebt wird. Dieser Antroz wird dem Erwerbslosenkontrollausschuß zur Verarbeitung überwiesen. Niemand tritt nun in die Tagessordnung ein und nimmt zunächst Kenntnis von der erfohlenen Genehmigung des 10. Rundtags zum Ortsgrundsatz der Stadt Schwarzenberg. Es schlossen wird, verschiedene Redaktionen auf die Jahre 1914-15 rückblickend und soweit Überzeichnungen vorgekommen sind, diese nachzuhören, sowie die Entnahme von Rassenschriften nachträglich zu gestatten. Die Nachfrage zur Gemeindesteuerordnung unter Einschränkung einer Wohnsteuer, einer Wohnungslurzesteuer, einer Wohnsteuer und einer Gewerbesteuer werden entnommen. Ebenso wird die Erhöhung der Grundsteuer von 0,8 auf 4,0 vom Tausend des Grundflächenwertes beschlossen. Weiter wurde beschlossen: nach dem Vorfall des Gewerkschaftsausschusses allen Erwerbslosen, die in der Zeit vom 26. bis 31. Dezember 1920 und noch nach dieser Zeit mindestens einen Monat erwirtschaftet waren, eine Wehrdienstbilleiste nachträglich zu gewähren, und zu diesem Zweck den vom Bezirksverein überwiesenen Betrag von 2600 M. auf 2000 Mark aus Rücksicht Blättern zu erhöhen; zur Verminderung der erheblichen vermehrten Schreibarbeiten im Standesamt 2 eine weitere Schreibmaschinenanstalt einzurichten und eine neue Schreibmaschine zu beschaffen; dem Vorstand des Wohlfahrtsfleißvereins schafft auf Ansuche eines Bürgers, dem die gesamte Wohlfahrtspflege mit übertragen werden soll, zuverlässigen und die entsprechenden Fertigkeiten zu verleihen. Der Rat batte auf Vorschlag des Bauausschusses eine Erhöhung des Grundsteuern der Notstandsarbeiter um 15 Pro. und die Gewichtung einer Rindersonate um den Betruck von 10 M. pro Rind und Rind beschlossen. Das Stadt-, Kollegium lehnt diesen Vorschlag ab und beschließt mit Stimmenmehrheit, die Notstandsarbeiter könnten nach dem Bauarbeiterfortzug zu entlassen. Die weiteren Gesetzesände der Tagessordnung werden mit Rücksicht auf die vorbeschriebene Zeit für die nächste Sitzung aufzuhängen.

■ Königsberg. 20. Febr. In Ostpreußen finden heute beiweg vier Wahlen statt. In den Sälen wird zum Reichstag, Sonder- und Provinziallandtag, auf dem Land außerhalb noch zu den Kreistagen gewählt. Die Wahlpropaganda war in den letzten Tagen überall außerordentlich rege. In Königsberg sind die Wahlgänge rechtzeitig vorbereitet. Soweit sich aus den bis gegen Mitternacht eingetroffenen Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einen erheblichen und die Kommunisten andererseits, namentlich in den Sälen, einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

■ München. 21. Febr. Nach einem heftig päpstlichen Runtius in München von Rom eingesetztem Telegramm wurde der Erzbischof von München-Freising, Dr. Michael von Faulhaber zum Kardinal ernannt.

■ Signingen. 21. Febr. Die Erzpriesterin von Schönenberg, geborene Herzogin Margarete von Sachsen, älteste Tochter des friderizianischen Königs Friedrich August, ist am Sonnabend in Signingen von Amüllingen (Württemberg) offiziell entbunden worden.

■ Wien. 21. Febr. Nach Blättermeldungen wird eine aus 7 Personen bestehende Gesellschaft, darunter ein Gymnasialprofessor, ein Lehrer und verschiedene Lehrerinnen, die am letzten Sonntag eine Sitzung ins Dozentengesetz unternehmen, verhaftet. Es wird befürchtet, daß sämtliche 7 Personen verurteilt sind.

■ Paris. 21. Febr. Das Kriegsministerium bestimmt die Zeitungsmeldungen über in Vorbereitung befindliche militärische Maßnahmen als unrechtig.

■ Paris. 20. Febr. Wie die "Agence Havas" meldet, wurde durch ein Dekret des Kardinals de Pérus die Ausführung des Karmelitenklosters Mortefontaine wegen schwerer wiederholter Verstöße gegen die Ordensdisziplin ausgesprochen. Das Dekret entbindet die Nonnen von allen Gehilfen und erlaubt den apostolischen Dekret, die dieser Verstötzung widerstehen zu lassen.

■ Berichtsamt für die Schriftleitung: Friederich Menzer, den Anzeigenleiter: Heinrich Seibert, Rotationsredakteur und Verleger C. "Märzner, sämtlich in Rue Crémieux.

#### Neues aus aller Welt.

■ Die britisches Government. Im Vierter Staatsausbau wurde eine Mutter Dame, die von zwei Kindern begleitet war, von einem Geheimpolizeibeamten entnommen, weil sie ein Waffentest unter ihrem Mantel verschwunden ließ. Vor dem Polizeikommissar geblieben, gestand sie ein, daß sie Governmentar beim deutschen Kriegsminister war und daß die beiden Kinder die Kinder des Kriegsministers seien. Die Angelegenheit wurde ohne Strafe zu zweijähriger Haft unter Vorbehalt der gerichtlichen Erledigung des Falles.

■ Internationales Wohlfahrtspflege. Ein Vorster Kriminalinspektor in Begleitung eines Berliner Kriminalbeamten berichtete mit Hilfe der Polizei in Hamburg den österreichischen Wohlfahrtspfleger des Parnas, der in Paris über eine Million Franken zusammenstahl und dann flüchtete. In Berlin betrieb der Verdächtige einen Ausweisenberichtswinkel größten Umfangs. Durch Agenten bewog er Deutsche zum Auswandern, die die Raffinerie vorher entrichten mußten und dann falsche Papiere und Dokumente bekamen. Nachdem der Parnas aus Berlin geflüchtet war, vermautete man ihn in Hamburg, und es gelang in wenigen Stunden den Betrüger ausfindig zu machen. Man beschuldigte ihn, daß er mehr als zwei Millionen Franken Schmuggelwaren und einen gleichfalls gestohlenen Polizeikund.

■ Wurf im Automobil. Ein Vorster Kriminalinspektor in Begleitung eines Berliner Kriminalbeamten berichtete mit Hilfe der Polizei in Hamburg den österreichischen Wohlfahrtspfleger des Parnas, der in Paris über eine Million Franken zusammenstahl und dann flüchtete. In Berlin betrieb der Verdächtige einen Ausweisenberichtswinkel größten Umfangs. Durch Agenten bewog er Deutsche zum Auswandern, die die Raffinerie vorher entrichten mußten und dann falsche Papiere und Dokumente bekamen. Nachdem der Parnas aus Berlin geflüchtet war, vermautete man ihn in Hamburg, und es gelang in wenigen Stunden den Betrüger ausfindig zu machen. Man beschuldigte ihn, daß er mehr als zwei Millionen Franken Schmuggelwaren und einen gleichfalls gestohlenen Polizeikund.

■ Die Grafschaft des fiktiven Blätters entzogen. In Riedelowitz bei Görlitz haben Einwohner die Grafschaft des fiktiven Blätters entzogen. In Riedelowitz bei Görlitz haben Einwohner die Grafschaft des fiktiven Blätters entzogen. In Riedelowitz bei Görlitz haben Einwohner die Grafschaft des fiktiven Blätters entzogen.

■ Wagnolden in der Fremdelegion. "Humanitas" meldet, daß 13 000 Soldaten der Armee Wagnel in die Fremdelegion eingetreten seien.

#### Letzte Drahnachrichten

##### Die Wahlen in Preußen.

Berlin, 20. Febr. Die Wahlen sind, soweit jetzt feststeht, überall endig verlaufen. Die vorliegenden Wahlergebnisse lassen ein starkes Anschwellen der Rechtsparteien vor allem der Deutschen Nationalen, erkennen. Auch das Zentrum hat offenbar an Stimmen gewonnen, während die Linkspartei, namentlich auch die Demokraten, zurückgegangen sind. Während die Wahlbeteiligung in den Nachmittagsstunden außerordentlich hoch war, legte sie in den Nachmittagsstunden außerordentlich rasch ein. So daß das Bild des Wahlganges in den beiden letzten Stunden sich wesentlich veränderte. Namentlich in den Außenbezirken, wie in Rixdorf und Weißensee, begann in letzter Stunde ein erheblicher Ansturm auf die Wahllokale, doch in einzelnen Wahlen ein starker Rückgang seiner Wahlbeteiligung nicht mehr genügen konnte. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Wahlbeteiligung in Groß-Berlin etwa der vom 26. Januar 1919 entspricht, wenn auch leicht 74 bis 79 v. H. nicht ganz erreicht werden sind. Interessant ist die Feststellung, daß in den sogenannten reichen Arbeitersiedlungen die Wahlbeteiligung hinter den Ergebnissen der vorangegangenen Landtagswahl und auch des Städteverwaltungswohlfahrtspflege zurückgeblieben ist. Dagegen zeigen die westlichen Vororte Berlins ein starkes Anschwellen der Stimmen. So ist also eine gewisse Wahlbeteiligung bei den linksdistanzenden Parteien schrumpfen. Bezeichnend ist, daß Rixdorf im Durchschnitt eine Wahlbeteiligung von 65 bis 67 v. H. und Weißensee etwa nur 60 v. H. zu verzeichnen hatten. In Berlin trugen im Jahre 1919 die Wohlfahrtspfleger den Sieg davon. Sie erhielten 36. die Linkspartei 29, die Demokraten 15, die Deutschen Nationalen 10 und die Deutsche Volkspartei 5 v. H.

Berlin, 21. Febr. Die Großberliner Wahlen lassen einen außerordentlich starken Rückgang der Stimmen für die Unabhängigen erkennen. Die beiden verlorenen Gemeinden zum Teil den vereinigten Kommunisten, zum Teil den Mehrheitssozialdemokraten, während die Deutschen Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokratischen Parteien zurückgegangen sind. Eine erheblichste Abnahme zeigt die Wohlfahrtspfleger, die in den Außenbezirken die Wahlbeteiligung von 65 bis 67 v. H. und Weißensee etwa nur 60 v. H. zu verzeichnen hatten. In Berlin trugen im Jahre 1919 die Wohlfahrtspfleger den Sieg davon. Sie erhielten 36. die Linkspartei 29, die Demokraten 15, die Deutschen Nationalen 10 und die Deutsche Volkspartei 5 v. H.

Berlin (Gesamtergebnis): Dicke 108 000, Dts